

Und jetzt noch das

Die Metall- und Elektroindustrie leidet – auch unter der Epidemie

Berlin – Fragt man Oliver Zander, dann ist das eigentlich noch junge Jahr 2020 für die Metall- und Elektroindustrie schon gelaufen. Vielleicht, sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall am Mittwoch in Berlin, schafften die Firmen noch eine „Nulllinie“, viel mehr aber nicht. Die wichtigste deutsche Industriebranche steckt in der Rezession; nach sechs Prozent weniger Aufträgen und fünf Prozent Produktionsminus 2019. Und jetzt kommt zu diesen schlechten Zahlen noch das Coronavirus obendrauf.

Die deutschen Metallunternehmen seien in dreifacher Weise von der Epidemie betroffen, sagte Zander. Zum einen gebe es Nachfrageausfälle, es würden beispielsweise weniger Autos gekauft. Zum anderen könnten Schutzmaßnahmen in den Betrieben, etwa wegen erkrankter Mitarbeiter,

ganze Fabriken stoppen. Und dann ist da noch das Problem mit den Lieferketten: Sechs bis acht Wochen brauche ein Container von China nach Deutschland, sagte Zander. Weil in China wegen Corona zuletzt Fabriken stillstanden, könnten von Ende März an die Container ausbleiben – und damit die für die hiesige Produktion notwendigen Vorprodukte. Auch mit Norditalien sei Deutschland eng vernetzt, „ganz Südtirol ist voller Automobilzulieferer“.

Derzeit rechnen die Unternehmen laut Gesamtmetall mit Beschäftigungsverlusten. Damit es nicht zu Entlassungen im großen Stil kommt, fordert der Arbeitgeberverband von der Bundesregierung, die gelockerten Regeln für das Kurzarbeitergeld wieder in Kraft zu setzen, die während der Finanzkrise galten – mit einer Neuerung: Gesamtmetall will, dass die Bundesagen-

tur für Arbeit (BA) nicht erst vom siebten Kurzarbeitsmonat an den Arbeitnehmern die Sozialbeiträge vollständig abnimmt, sondern vom ersten Tag an. Zander sprach von einer „vernünftigen“ Regelung, die zudem den Bundeshaushalt nicht belastet. Die BA habe genügend Rücklagen.

Bislang werden die Arbeitgeber in den ersten sechs Monaten nur dann zu 100 Prozent von den Sozialversicherungskosten entlastet, wenn sie ihre kurzarbeitenden Mitarbeiter in dieser Zeit weiterbilden. Ohne Weiterbildung müssen sie 50 Prozent selbst tragen. Im Fall von Schutzmaßnahmen bei Coronaverdachtsfällen aber könnten die Mitarbeiter gar nicht für Weiterbildungsangebote zusammenkommen, sagte Zander.

HENRIKE ROSSBACH